№ 471
A 199
Morgen-Ausgabe

Vossische Zeitung

Berlin

Freitag, 5. Oktober 1923

Gegründet 1704

5 Millionen

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Die Vossische Zeitung erscheint wöchentlich zwölfmal; Sonntags mit der illustrierten Beilage „Zeitbilder". Sonstige Beilagen: Finanz- und Handelsblatt mit Kurszettel der Berliner Börse und amerikanischem Funkdienst, Umschau in Technik und Wirtschaft, Literarische Umschau, Recht und Leben, Turnen – Sport – Spiel, Für Reise und Wanderung.

Wöchentlich 30 Millionen Mark durch Boten. Postbezugspreis und Streifbandsendungen freibleibend. Bei Ausfall der Lieferung wegen höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Rückzahlung. Anzeigen: Grundpreis 30 Pfg. für die mm-Zeile. Familienanzeigen 5 Pfg. beides mal Schlüsselzahl 30 Millionen. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in bestimmte Nummer.

Verlag Ullstein. Chefredakteur: Georg Bernhard. Verantw. Redakteur (m. Ausn. d. Handelsteile): Carl Misch, Berlin. Unverlangte Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn Porto beiliegt.

Verlag und Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstr. 22-26

Fernsprech-Zentrale Ullstein: Amt Dönhoff 3600 — 3663. für den Fernverkehr Amt Dönhoff 3686 — 3695. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus Berlin. Postscheckkonto Berlin 660.

Die Kabinettsbildung abgeschlossen.

Heute Regierungserklärung im Reichstag.

Die Verhandlungen, die der Reichskanzler Dr. Stresemann wegen der Bildung des neuen Kabinetts geführt hat, waren in den späten Nachtstunden, wie man hört, im wesentlichen abgeschlossen. Doch stand die Ministerliste und die Besetzung der einzelnen Portefeuilles noch nicht endgültig fest. Der Reichskanzler dürfte heute vormittag in der Lage sein, die Zusammensetzung des neuen Kabinetts mitzuteilen.

Im Reichstage wurden gestern mehrere Namen von Persönlichkeiten genannt, dieteils aus dem ersten Kabinett Stresemann in das zweite übernommen werden, teils neu in die Regierung eintreten sollen. Es sei von einer Wiedergabe all der Mitteilungen, die im Reichstage weitergegeben wurden, abgesehen, da sie meist einander widersprachen. Erwähnt sei nur, daß Dr. Stresemann den bisherigen Reichsminister des Innern, Sollmann, ersucht hat, sein Portefeuille beizubehalten, daß aber Sollmann nach Rücksprache mit dem sozialdemokratischen Parteivorstand abgelehnt habe. Im Reichstage wurde angenommen, daß die neue Regierung schon heute in der Lage sein würde, sich dem Plenum vorzustellen und ihre Programmerklärung abzugeben.

Bei Verhandlungen über eine Kabinettsbildung hat sonst ein starker Verkehr zwischen dem Reichskanzlerpalais und dem Wallot-Haus stattgefunden. Gestern waren es zwei getrennte Aktionen. Dr. Stresemann hat diese Verhandlungen ohne jede Fühlungnahme mit den Parteien geführt und dadurch stark unterstrichen, daß die neue Regierung keine parlamentarische in dem Sinne sein soll, daß sie aus den Parteien heraus zusammengefügt wird, sondern ein von Parteien und Koalitionen unabhängiges Reichsministerium, das sich nur auf ein Programm, aber nicht auf eine Koalition festlegen will.

Im Reichstage aber, wo die Fraktionen zum Teil auch nachmittags tagten, bemühte man sich einige Stunden lang, ein parlamentarisches Kabinett zu erreichen. Ueber die dahin abzielenden Bemühungen des Zentrums und der Demokraten ist berichtet worden. Die Wiederbelebung der Großen Koalition ist, wie vorauszusehen war, an der ablehnenden Haltung der Deutschen Volkspartei gescheitert, die Bemühungen um eine Koalition der Parteien der Mitte waren durch den Entschluß Dr. Stresemanns gegenstandslos geworden. So verliefen die Besprechungen innerhalb der Parteien der Arbeitsgemeinschaft und mit der Sozialdemokratie ergebnislos im Sande. Bemerkenswert war nur das sichtliche Bedauern, vornehmlich innerhalb des Zentrums, daß man nicht gestern durch ein energischeres Eingreifen das Auseinanderfallen der Großen Koalition und damit die Regierungskrise verhindert habe.

Wenn das zweite Kabinett Stresemann heute vor den Reichstag tritt und sein Programm mitteilt, dann wird sich die eigentümliche Tatsache ergeben, daß es genau das Gleiche sein wird wie das des ersten Kabinettes Stresemann. Der Charakter des Kabinettes wird sich verändert haben. Es wird kein Koalitions-, sondern ein überparteiliches Kabinett sein. Zahlenmäßig wird sich das Reichsministerium verringert haben. Auf einigen Ministersesseln wird man die alten Köpfe wiedersehen, auf einigen neue Männer. Aber das Programm wird das alte geblieben sein, inhaltlich unverändert. Und der Reichskanzler Dr. Stresemann wird an der Spitze der neuen Regierung genau die Regierungserklärung abgeben, an der er am vergangenen Dienstag durch den plötzlichen Ausbruch der Koalitionskrise verhindert worden ist.

Einen wesentlichen Bestandteil des Regierungsprogrammes wird das Ermächtigungsgesetz bilden, an dem die Große Koalition gescheitert ist. Das zweite Kabinett Stresemann wird die gleichen Vollmachten für Verordnungen auf finanziellem, wirtschaftlichem und sozialpolitischem Gebiete fordern, die das erste für unbedingt erforderlich hielt, um der innerpolitischen Schwierigkeiten Herr zu werden. Aber die Situation hat sich wesentlich geändert. Das erste Kabinett Stresemann konnte, wenn die Parteien sich ausnahmslos hinter ihre Vertreter in der Regierung gestellt hätten, mit einer sehr großen Mehrheit für die Annahme des Gesetzes rechnen; das zweite Kabinett Stresemann sieht diese Aussicht ins Gegenteil verwandelt. Die Deutschnationalen haben, trotzdem in der neuen Regierung keine Sozialdemokraten sitzen werden, sich gestern schon auf eine scharfe Oppositionsstellung festgelegt. Sie wollen jede Regierung bekämpfen, in der sie nicht einen starken Einfluß haben. Sie werden also der Reichsregierung die verlangten Vollmachten verweigern. Von der Sozialdemokratie aber ist nicht vorauszusehen, daß sie der Regierung, aus der sie hinausgedrängt worden ist, die Vollmachten gewähren wird, die sie einem von ihnen mit beeinflußten Kabinett nicht zugestehen wollte.

Die neue Regierung muß von vornherein mit der Ablehnung des Ermächtigungsgesetzes sowohl durch die Deutschnationalen, wie auch durch die Sozialdemokraten und die Kommunisten rechnen, die Parteien der Arbeitsgemeinschaft allein können ihr aber die Mehrheit nicht schaffen. Innerhalb der Reichstagsfraktionen war aus diesei Gründen gestern auch allgemein die Auffassung vorherrschend, daß es nach der Aussprache über die Regierungserklärung zu einer Ablehnung des Ermächtigungsgesetzes kommen und daß die Reichsregierung daraus nicht die Folgerung ziehen werde, den Reichstag aufzulösen. Auf diese Wahrscheinlichkeit wird auch in der dem Reichskanzler nahestehenden „Zeit" hingewiesen, in der das zweite Kabinett Stresemann als der Versuch bezeichnet wird, noch einmal auf verfassungsmäßigem Wege die Schwierigkeit unserer Lage zu meistern. „Gelingt es nicht, so bleibt nur zweierlei zu tun übrig: entweder die Auflösung des Reichstages oder die Fortsetzung der gesetzgeberischen Arbeit ohne das Parlament auf Grund anderer Bestimmungen. Unmöglich ist es jedenfalls, das Reichsschiff jetzt ohne Führung den Stürmen zu überlassen." Eine Fortsetzung der gesetzgeberischen Arbeit ohne das Parlament auf Grund anderer Bestimmungen ist eine sehr klare Umschreibung des Wortes Diktatur.

Der Pariser Ministerrat.

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung".

wf **Paris**, 4. Oktober.

Im Elysee fand heute vormittag unter dem Vorsitz Millerands ein Ministerrat statt, der sich nach amtlicher Auskunft hauptsächlich mit der Einstellung des passiven Widerstandes und der durch die deutsche Ministerkrise geschaffenen Lage beschäftigte. Poincaré berichtete über die Vorgänge seit dem letzten Ministerrat, der vor 14 Tagen in Rambouillet stattgefunden hat. An seinen Bericht schloß sich ein Meinungsaustausch, über den natürlich nichts bekanntgegeben ist.

Am Quai d'Orsay wurde auch heute abend erklärt, es sei noch nicht möglich, sich auf Grund der hier eingegangenen Meldungen ein klares Bild von der Lage in Deutschland zu machen.

Man erklärte weiter am Quai d'Orsay, die Einstellung des Widerstandes im Ruhrgebiet erfolge „stufenweise". Allem Anschein nach sei der Augenblick nicht mehr fern, wo Frankreich und Belgien den Widerstand als eingestellt anerkennen. Allerdings sei nach französischer Auffassung die Voraussetzung, daß Deutschland auch die Sachlieferungen wieder aufnehme. Sobald die Einstellung des Widerstandes als vollzogen gelten könne, werde mit den versprochenen Aenderungen des Charakters der Ruhrbesetzung begonnen werden. Verhandlungen über die Reparationsfrage könnten, wie am Quai d'Orsay betont wird, jederzeit beginnen, falls Deutschland mit entsprechenden Vorschlägen an die Reparationskommission herantrete.

In der Frage der eventuellen internationalen Gesellschaft für den Betrieb der rheinischen Eisenbahnen ist, wie im Gegensatz zu anderen Pariser Meldungen auf Grund amtlicher Auskünfte festgestellt sei, nichts Neues eingetreten. Es liegt einstweilen nichts anderes vor als die im Gelbbuch enthaltene Anregung Poincarés, in der die Hinzuziehung Deutschlands und die eventuelle Beteiligung Hollands und der Schweiz vorgesehen ist. Irgendwelche Verhandlungen oder Fühlungnahme in dieser Frage habe nicht stattgefunden.

In einer Brüsseler Meldung des „Temps" wird behauptet, nach Ansicht der belgischen Regierungskreise müsse bei der Wiederzulassung der ausgewiesenen Beamten zwischen Rheinländern und Nichtrheinländern unterschieden werden.

Die nächste Aufgabe.

Ein Wort zur Kabinettsbildung.

Die treibenden Kräfte der letzten Kabinettskrise treten jetzt klarer hervor. Einzelne Blätter sprechen bereits jetzt sehr deutlich über die wahren Ziele, die das ganze Treiben gehabt hat. Die Sozialdemokratie, der Achtstundentag, das Arbeitsgesetz, der „marxistische" Finanzminister, das alles waren doch Süße, die man geschlagen hat". Gemeint war der Kanzler Stresemann selbst. Ihn wollte man beseitigen. Und nachdem er den Gedanken einer vom Parlament selbst verliehenen Diktatur gewissermaßen populär gemacht hatte, fragt man in naiver Unschuld, weshalb denn eigentlich nun gerade Stresemann Diktator werden solle.

Es ist doch kein Zufall, daß seit gestern das Berliner Stinnesblatt, die „Deutsche Allgemeine Zeitung", die Maske abgeworfen hat. Bisher ist sie offiziell für die große Koalition und auch für den Reichskanzler Stresemann eingetreten. Zwischen den Zeilen nur waren die Spitzen verborgen, mit denen man ihn piekte, und die Fußangeln, die man ihm legte. Aber nunmehr geht man zum Angriff über. Zunächst noch nicht offen gegen seine Person. Aber man häuft die Schwierigkeiten. Man schlägt vor, die Deutschnationalen in das Kabinett zu nehmen, natürlich „nur um eine möglichst breite parlamentarische Basis zu finden". Der ehemalige Sozialdemokrat, der das Berliner Stinnesblatt als Chefredakteur leitet, weiß natürlich nicht, wie ein Kabinett mit Deutschnationalen auf die Sozialdemokraten wirken und welche Entzweiung damit im bürgerlichen Lager angerichtet würde. Es kommt ihm nur darauf an, dem Reichskanzler die Kabinettsbildung zu „erleichtern", genau wie es seinem Herrn und Meister selbst nur darauf angekommen ist, seinem Parteifreund Stresemann die Wege zu „ebnen", als er auf dem Weg über den Deutschnationalen Hugenberg (mit dem er zusammen die großen Meinungsapparate für die große und kleine Presse finanziert) die Sprengpatronen ins volksparteiliche Beratungszimmer legen ließ.

Hugo Stinnes ist in Wirklichkeit diesmal die Seele der Schwierigkeiten gewesen. Mit seinem Wissen hat die Hugenberg-Presse den Sturm gegen Stresemann und gegen die Position des alten Kabinetts durch ein Trommelfeuer von falschen Nachrichten und verdächtigenden Artikeln vorbereitet. Das Berliner Herrenmorgan, die „Germania", weiß, wie wir an anderer Stelle mitteilen, interessante Einzelheiten über Pörtonferenzen zu berichten, die bei Hugo Stinnes vor Beginn des Generalsturmes abgehalten worden sind. Und gestern ist er ja nun im Reichstag selbst aufgetaucht und hat Verhandlungen mit den Deutschnationalen geführt.

Aber leider hat Hugo Stinnes wieder nicht die einzig mögliche Konsequenz aus seiner Handlungsweise gezogen. Warum soll Hugo Stinnes nicht deutscher Reichskanzler sein? Er ist der mächtigste Mann im Lande, er ist klug, in internationalen Geschäften bewandert und von einer zähen Nührigkeit, wie man sie besser für einen deutschen Reichskanzler gar nicht wünschen könnte. Er hat gerade jetzt wieder eine Fähigkeit im Einfädeln und Durchführen politischer Intrigen bewiesen, von der man nur wünschen könnte, daß er sie einmal auf dem Parkett internationaler Politik spazieren führt, anstatt sie gegen die eigenen Volksgenossen anzusetzen. Weshalb übernimmt er nun nicht die politische Verantwortung für die Führung der Geschäfte des deutschen Volkes? Er sollte doch nun einmal zeigen, welche Stärke seine fast gegen jede Regierung gerichteten kritischen Argumente haben, wenn sie sich in praktisch politischer Anwendung erproben müssen. Aber statt dessen gefällt er sich in Kulissenarbeit. Läßt dauernd andere Leute für sich handeln und schreiben, ohne daß er auch nur die moralische Verantwortung für deren gefährliches Spiel übernimmt.

Dieses Hervortreten von Hugo Stinnes bedeutet eine ernste Belastungsprobe für den Reichskanzler Dr. Stresemann. Gerade weil sich Stinnes bei dieser Gelegenheit als ein ebenso gewandter wie gefährlicher Politiker erwiesen hat, kommt man doch über die Tatsache nicht hinweg, daß er Mitglied der Deutschen Volkspartei ist und bleibt. Wie soll denn eigentlich die deutsche Oeffentlichkeit und die Welt zu einem Kabinett Vertrauen haben, dessen Kanzler in der eigenen Partei dauernd von solchen Mächten und Kräften bedroht ist? Entweder ordnet sich der Kanzler diesen Kräften unter, dann werden die breiten Massen sein Ministerium als ein Organ des Stinnesschen Kampfes gegen die Sozialdemokratie ansehen. Und dann werden vielleicht auf die Dauer der Zeit auch die Gewerkschaften anderer Richtung die Befürchtung hegen, daß dieser Kampf von den Trägern ihrer Organisation nicht Halt machen wird. Oder der Kanzler ist, wie wir hoffen und erwarten, eine Persönlichkeit, die sich ihre Wege nicht vorschreiben läßt, dann wird binnen kurzem ein neuer Sturm einsetzen, der abermals Unruhe in das politische Leben Deutschlands trägt. Wir haben, wie gesagt, zu Dr. Stresemann das Vertrauen, daß er schließlich den Wunsch hat, durch die Zusammenfassung aller Kräfte der Mitte ein Kabinett der Verteidigung des Vaterlandes nach außen und